

Keine Chance für Handyverbot

Kanton Die Forderung der SP/Grüne-Fraktion nach einem Handyverbot an Schwyzer Schulen fiel an der gestrigen Session des Schwyzer Kantonsrats klar durch. Zwar anerkannten die Parteien von links bis rechts, dass übermässiger Handykonsum von Kindern und Jugendlichen ein Problem in der Gesellschaft und an den Schulen darstellt. Doch der Wunsch der SP/Grüne nach kantonal einheitlichen Richtlinien zur Einschränkung der Handynutzung an Schulen stiess bei der Mehrheit des Rates auf Ablehnung. (*dabu*)

Gesetzliches Handyverbot an Schulen erhält eine klare Abfuhr

Der Kantonsrat hat ausgiebig über einheitliche Richtlinien zur Einschränkung der Handynutzung diskutiert.

Damian Bürgi

Der Tenor zum Handyverbot an Schulen, welches die Fraktion der SP/Grünen in einer Motion forderte, war auf allen politischen Seiten klar: Kinder und Jugendliche müssen einen verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien lernen, und ihr übermässiger Handykonsum ist ein gesellschaftliches Problem.

Und es ist auch ein schwieriges Thema an den Schulen, darüber waren sich alle Parteien einig. Weniger Harmonie herrschte aber darüber, wie der Handykonsum an den Schulen eingeschränkt werden soll. Denn die Motion der SP/Grünen forderte eine kantonal einheitliche Regelung für den Umgang mit Handys an den Schwyzer Schulen. «Es braucht jetzt ein Zeichen seitens Politik und Regierung», plädierte Norbert Hegner (SP, Galgenen), seines Zeichens selber Schulleiter.

Support aus der SVP, Ablehnung aus eigenen Reihen

Eher unerwartete Unterstützung erhielt das Anliegen der SP/Grünen von SVP-Kantonsrätin Angela Ruoss (Schübelbach). Die Antwort der Regie-



Hatte leichtes Spiel: Landammann und Bildungsdirektor Michael Stähli (stehend) wurde in seiner Ablehnung zu einem Handyverbot an Schwyzer Schulen von der Mehrheit im Kantonsrat bestätigt.

Bild: Damian Bürgi

rung zeige, dass die Gefahren von Social Media erkannt worden seien. Rückmeldungen von Lehrern und Kindern hätten ihr auch gezeigt, dass die Einschränkung der Handynutzung an Schulen nicht flächendeckend umgesetzt werde, wie es nötig scheine. Eine gesetzliche Regelung würde viele Fragen beantworten, und der Kanton kön-

ne so Mindestvorgaben an Schulen festlegen.

Doch viele Wortmeldungen sprachen sich gegen einheitliche Richtlinien an allen Schwyzer Schulen aus – unter anderem sogar aus den eigenen Reihen der SP/Grüne-Fraktion. Andreas Imbaumgarten (Grüne, Ingenbohl) machte sich stark für Präventionsarbeit

und sprach sich gegen ein Verbot aus. Der als Sozialarbeiter tätige Grüne-Kantonsrat erklärte, dass beispielsweise eine Handybox, in welche die Schüler ihr Handy bei Unterrichtsbeginn legen, eine plausible Lösung für die Einschränkung des Handykonsums sei.

Mehr als zwei Drittel lehnen Handyverbot ab

Diesem Votum schloss sich auch Mitte-Kantonsrat Mathias Bachmann (Küssnacht) an. In seiner Tätigkeit als Berufsschullehrer erlebe er es oft, dass man die Handys problemlos einziehen könne und die Jugendlichen bereit seien, das Handy wegzulegen.

Die SP schwächte ihre ursprünglich eingereichte Motion in ein Postulat ab, welches forderte, «dass die Regierung vertieft Gedanken machen soll, ob kantonale Richtlinien zielführend wären». Die Umwandlung in ein Postulat wurde angenommen. Doch dieses als erheblich zu erklären und der Regierung einen klaren Auftrag zu erteilen, fiel klar durch. Die Unterstützung von rund zehn SVP-Stimmen reichte nicht, damit das Anliegen der SP/Grünen durchkam, die Ablehnung mit 67 zu 30 Stimmen sorgte für klare Verhältnisse.